

Sinabelkirchen, 23. August 2025

LKR Martin PFEIFER, Obmann Stellvertreter UBV Steiermark  
BKR Florian TAUCHER, Obmann Stellvertreter UBV Steiermark  
BKR Werner PAAR, Vorstandsmitglied UBV Steiermark

## UBV Steiermark – PRESSEINFORMATION

### **Bauerneinkommen sinken und sinken: Auflagen & Schikanen steigen endlos! Bauernvertreter leben in einer Blase fernab der Realität und schweigen!**

1

Bereits im April 2024 erklärte der Präsident der LK Österreich, Josef Moosbrugger, die Bauerneinkommen gehen laut grünem Bericht wieder zurück. Es brauche ein Einkommen zum Auskommen. Allerdings unter Ausblendung der Öffentlichkeit. Agrarminister Norbert Totschnig ließ von vielen „Experten“, die zu 98% nicht von dem Leben, was sie in der Landwirtschaft verdienen – aber gut von den Bauern und mit den Agrargeldern leben, die Visionen 2028+ erarbeiten.

Auch wenn man beiden ein ernsthaftes Bemühen nicht absprechen will, dass - was dabei rauskommt, ist im Grunde zum Krenreiben. Die parteipolitischen Fesseln lassen beide nicht so agieren, wie das der Bauernstand brauchen würde, um wieder Einkommen zu erwirtschaften. Bei den Aussagen von Moosbrugger wie bei Totschnigs Visionen 2028+ sind die Formulierungen immer in der Möglichkeitsform gehalten.

Man „sollte, man könnte, man müsste überlegen, es sei zu bedenken, es kann erwartet werden, man müsse usw. und so fort. Oder wenn es wo offene Fragen wie beim Thema Kuh + oder den schrankenlosen Import von z.B. Getreide, Fleisch usw. aus der Ukraine geht, da sei man dann nicht zuständig! Oder – das komme aus Brüssel, wir müssen es nur umsetzen!!!

Wofür ist eine Bauernvertretung dann zuständig? Aus unserer Sicht sollte sie sich bei allen wichtigen Fragen für Bauern einmischen, äußern, eine Meinung haben – zuständig sein. Sie sollten mit aller Kraft die Bauern vertreten! Wenn ein Unternehmer so denken oder ticken würde – wie dies derzeit die Bauernvertretung tut, wäre er in 14 Tagen im Konkurs.

Man muss sich in dem Zusammenhang auch fragen: was hat die Agrarpolitik unter der Federführung des Bauernbundes in den letzten - bald 40 Jahren, wo man den Agrarminister gestellt hat, konkret getan, wenn man jetzt überlegt, was man tun müsste?? Fakt ist, der Bauernstand hat sich seit 1986 von rund 300.000 Betriebe auf knapp 1/3 – rund 110.000 Betriebe reduziert. Wenn die Rahmenbedingungen so super waren, warum sind so viele Betriebe weg? Es ist auch kein Ende in Sicht.

Auf der Basis der aktuellen Pläne der EU-Agrarpolitik sind in 10 Jahren noch rund 30.000 der jetzigen Betriebe als aktive Bauern tätig. Der Rest ist weg, weil sie wirtschaftlich ruiniert werden. Wenn sich daher nicht sofort die Agrarpolitik, ihre Akteure und damit die Spielregeln für uns Bauern ändern. Dafür kämpfen und engagieren wir uns als UBV – unentgeltlich!

UBV Steiermark: LKR Johann Ilsinger, UBV-Obmann Steiermark, Tel.: +43 664 1065 065

Wir zahlen praktisch alle Aufwendigen aus der eigenen Tasche. Damit das auch einmal klar gesagt ist. Wir leben aber von dem, was wir auf den Betrieben erwirtschaften. Wir fordern angesichts der bevorstehenden Wahlen von der Politik keine Zukunftsbilder oder Visionen, sondern Fakten. Konkret:

**1) EU – RENATURIERUNGSGESETZ:**

Ein klares NEIN zur aktuellen Form der Renaturierung – die nimmt tausenden Bauern die Existenz

**2) EU – ENTWALDUNGSVERORDNUNG**

Ein klares NEIN zur EU-Entwaldungsverordnung, sie ist wie die Renaturierung eine Entmündigung wie Enteignung der Bauern

**3) UMSETZUNG NITRAT RICHTLINIE:**

Ein klares NEIN zur Zwangsverpflichtung durch die Landwirtschaftskammer für die bodennahen Gülleausbringung mit Separierung. LK und Ministerium treiben die Bauern wieder in eine Schuldenfalle und droht den Bauern, wer nicht mitmacht, der bekommt keine ÖPUL-Förderung mehr. Denn nur diese Lösung würde die Nitratrichtlinie erfüllen. Ohne wissenschaftlichen Beweis werden die Bauern falsch informiert, weil sich das LK-Mitarbeiter so einbilden. Unterstützt von Ministerium und AMA. Ein alternativer Vorschlag mit wissenschaftlicher Belegung, dass die Gülleverflüssigung mit Wasser eine deutlich bessere Bilanz die Nitrat Richtlinie betreffend bringt, wird von der LK und von dem Ministerium zugeordneten Stellen (Raumberg-Gumpenstein) ohne Fakten mit Gewalt verhindert.

**4) STOPP der überwuchernden VERWALTUNG:**

Die Verwaltung – Auflagen und Überwachung inklusive sind mindestens um 50% zu kürzen. Trotz Digitalisierung gibt es immer mehr Beamte und Hürden sowie Schikanen gegen die Bauern, gleichzeitig sinken die Einkommen sinken!

**5) KEINE FÖRDERUNG MEHR OHNE KLARE SPIELREGELN ZUM GELDVERDIENEN**

Wir wollen keine Förderungen ohne klare Änderung der Spielregeln. Aktuell sind alle „Förderungen“ meist nur mehr Schuldenfallen für die Bauern. Weil die bestehenden Spielregeln die Bauern kein Geld verdienen lassen, womit man die Investitionen in kurzer Zeit zahlen kann.

**6) ABGELTUNG ALLER LEISTUNGEN DER BAUERN**

Was ist 1 Hektar Kulturland wert? Die Bauern arbeiten viel, verdienen aber nichts. Wir haben schon vor Jahren ein konkretes Modell auf den Tisch gelegt, welches eine klare Abgeltung unserer Leistungen fordert – verbunden mit konkreten, umsetzbaren Vorschlägen. Gestaffelt und fair. Wenn es für Beamte bei drei Lohnerhöhungen mit über 3 Mrd. Volumen Geld ohne Ende gibt, dann muss das auch für die Bauern möglich sein. Für Beamte gibt es rund 17,5 Mrd. im Jahr. Die Wertschöpfung bei Beamtenjobs ist überschaubar. Für die Landwirtschaft gibt es ein Agrarbudget von knapp über 3 Mrd. Es braucht keine weiteren Fragen.

**7) ABGELTUNG der CO2 Speicherung**

Die Bauern sind die einzige Berufsgruppe, die CO2 speichert und Sauerstoff erzeugt. Das erfolgt mit der aktiven Landbewirtschaftung. Das macht sonst niemand. Der CO2 Zertifikatshandel wird aber derzeit von anderen gemacht. Vor allem von Automobilkonzernen. Die Arbeit machen wir, kassieren tun andere. Wir wollen daher eine konkrete Leistungsabgeltung dafür. 250 Euro je Hektar, indexgebunden. Wir speichern je Hektar Land mindestens 10 Tonnen im Jahr an CO2. Für die Tonne rechnet man heute rund 45 Euro/Tonne. Wir verrechnen nur 5 Tonnen!

**8) ECHTE SPIELREGELN – RAHMENBEDINGUNGEN**

Derzeit gibt es keine fairen Spielregeln am Markt. Wir fordern diese aber ein. Dazu gehört der Stopp des Imports von Lebensmitteln, die nicht mit den gleichen Auflagen wie bei uns hier, erzeugt werden. Und eine klare Kontrolle dazu. AMA, AK, LK sollen das Kontrollieren und nicht täglich jedem Bauern unterstellen, er würde unseriös arbeiten. So kommt das nämlich bei vielen Aussagen bei uns an. Wer Wettbewerb und Markt will, der muss für gleiche Spielregeln für alle sorgen. Alles andere ist Pharisäertum. Das geht weder im Sport noch z.B. in der Automobilbranche. Wie es funktioniert, sieht man an der OPEC. So muss es auch für uns sein.

## 9) ERHÖHUNG der UST auf 20% sowie ABGELTUNG DER INFLATION

Nachdem wir derzeit weder bei öffentlichen Leistungszahlungen noch bei unseren Erzeugnissen eine Abgeltung der Inflation haben, fordern wir eine Erhöhung der UST bei landwirtschaftlichen Produkten auf 20%. Damit kann man kurzfristig die Einkommen rasch erhöhen. Dazu fordern wir eine Abgeltung der Inflation auf alle öffentlichen Leistungszahlungen – rückwirkend.

## 10) NICHT RÜCKZAHLBARES INVESTITIONSPAKET

Wir fordern eine nicht rückzahlbares Investitionspaket je Betrieb. Gerechnet wird dies nach der Formel – 1.500 Euro/Monat hochgerechnet auf 1 Jahr je MA in der Land- und Forstwirtschaft. Rund 400.000 Menschen sind im System zu berücksichtigen. Das sind dann 15.000 Euro im Jahr – bei 400.000 Personen beträgt das Investitionspaket dann rund 6 Mrd. Euro. Das ist auf dir rund 100.000/110.000 Betriebe umzulegen, d.h. je Betrieb rund 60.000 Euro. Das Geld bekommt jeder Betrieb, der in Österreich mit österreichischen Firmen arbeitet. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Investitionen verdoppeln bis verdreifachen. Bei 12 – 18 Mrd. Euro sind dies dann mindestens 2,4 bis 4,8 Mrd. Euro an Steuerrücklauf. Damit wird das Investitionspaket aus Steuererlösen fast von selbst finanziert. Das ist ein Wirtschaftsmotor für den Ländlichen Raum. Da leben rund 55% der Österreicher.

## 11) REFORM VON AMA UND KAMMER

Wenn wir nicht wollen, dass es weiter ein Bild des Jammerns ist, braucht es eine klare Reform der AMA und der KAMMER. Nachdem beide am Tropf direkt oder indirekt des Ministeriums hängen, bedeutet dies eine echte Reform der aktuellen Dreifaltigkeit, welche die Bauern im Schwitzkasten haben. Alle Organisationen verselbstständigen sich immer mehr für die Eigeninteressen. Auf der Strecke bleibt der Bauernstand, die tausenden bäuerlichen Familien. Sie müssen wieder Dienstleister an ihren Auftraggebern werden und nicht ständig, wie aktuell, die Bäuerinnen und Bauern mit Hürden, Auflagen, Sanktionen, Kontrollen und Strafen wie die Plagen in der Bibel schikanieren und drangsalieren!

Dies sind die wichtigsten Punkte einer langen Liste, die man abarbeiten muss, wenn die aktuellen Bauern nicht im wahrsten Sinn des Wortes die letzten eines legendären Berufsstands sein sollen! Ändert sich nichts, wird der Bauernstand bei uns in den Alpen enden. Die Versklavung findet aktuell bereits statt, Kudlich rotiert im Grab!

### Spezielle Themen aus der Sicht des Obstbaus:

Aus der Sicht von praktizierende Obstbauern sind folgende Punkte von großer Relevanz, wie wir dies Minister Totschnig auch schriftlich nach unserem UBV-Gespräch mit ihm im Jänner 2024 übermittelten. Folgende Punkte (Beschreibung, Problem, Lösungsansatz) mit welchen zurzeit den Bäuerinnen und Bauern am meisten geholfen wäre, sind aus unserer Sicht umzusetzen:

## **Punkt 1 – unfairer Wettbewerb – ungleiche Spielregeln**

Verglichen mit anderen Ländern im EU-Binnenmarkt, sind die Lohn- und vor allem Lohnnebenkosten in Österreich auf einem sehr hohen Niveau. Das Problem an der Sache ist, dass unser hochwertiges Produkt mit Produkten aus Ländern mit wesentlich geringeren Produktionskosten sowie auch oft mit nicht gleichen Auflagen in der Produktion im Regal konkurrieren muss! Ein Lösungsansatz dazu wäre hinsichtlich Kosten, dass man in den ersten Wochen nach Anmeldung - wie dies in anderen Ländern auch der Fall ist, nur die Unfallversicherungsbeiträge leisten müsste. Dazu wollen wir ein Verbot des Imports von Waren, die nicht die gleichen Auflagen/Vorgaben in der Produktion haben, wie wir hier.

## **Punkt 2 – überbordende Verwaltung stoppen: 50% weniger Bürokratie**

Der Landwirt sollte sich auf seine Kernaufgabe - der Produktion von Lebensmitteln - konzentrieren können. Der Verwaltungsaufwand des Bauern muss in der Landwirtschaft halbiert werden. Des Weiteren muss der enorm kostenintensive Verwaltungs- und Kontrollapparat (bestehend aus Landwirtschaftskammer, AMA, AGES und dutzende diverse Kontrollstellen etc.) in seinem Ausmaß überdacht werden, es muss schlanker und effizienter gearbeitet werden.

## **Punkt 3 – untaugliche Arbeitsstättenverordnung ändern**

Aktuell ein ist ein großes Problem im Obstbau die Arbeitsstättenverordnung. Die vermehrt durchgeführte Kontrolle bzw. Arbeitsplatzevaluierung stellt die österreichischen Obstbaubetriebe vor massive Schwierigkeiten, die mit den finanziellen Erlösen, welche im Obstbau erwirtschaftet werden, nicht umsetzbar sind. Die Umstellung der Arbeitsweise und Betriebsabläufe wie sie in oben angeführter Verordnung verlangt wird ist derzeit und auch längerfristig nicht möglich.

## **Punkt 4 – kein Pflanzenschutz bedeutet das Ende des heimischen Obstbaus**

Nachhaltiger Pflanzenschutz mit gezieltem Resistenzmanagement muss möglich sein. Weitere Reduktionen von geprüften Pflanzenschutzmitteln sind für eine nachhaltige Produktion von Früchten mit bester Qualität, die den Anforderungen des Handels entsprechen, nicht tragbar. Speziell feuchte Witterung zeigt die Defizite der aktuellen Zulassungssituation auf. Es mussten viele Anlagen aufgrund massiven Krankheits- und Schädlingsbefalls aufgegeben werden. Das bedeutet einem wirtschaftlichen Totalausfall wegen falscher Rahmenbedingungen.

Zudem führt die Herangehensweise in der österreichischen Pflanzenschutzmittelzulassung zu massiven Wettbewerbsnachteilen im EU-Binnenmarkt und beim Export. Wie kann es sein, dass Pflanzenschutzmittel gleichen Wirkstoffs nur weil sie anders heißen (Registriernummer) in Nachbarländer wesentlich günstiger verfügbar sind? Und - die mit diesen Mitteln produzierte Waren dann bei uns im Supermarkt erhältlich sind? Unsere Lösung wäre eine einheitliche Zulassung der Pflanzenschutzmittel auf EU-Ebene.

## **Punkt 5 – Stopp für Dumpingpreise, maximal 100% Aufschlag für den LEH auf den Einkaufspreis**

Die Dumpingpreise sowie Aktionen im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) unter den Gestehungskosten des Obstes müssen von der Politik unterbunden werden. Durch das Verramschen im LEH wird der Wert unseres Produktes enorm geschwächt. Wir fordern zudem, dass der LEH maximal 100% auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Dann ist der Import billiger Ware unrentabel bzw. kann man damit nicht unsere Produkte preislich unterlaufen und damit aus dem Markt werfen bzw. sind wir nicht mehr erpressbar.

Abschließend wollen wir aufmerksam machen, dass diese Vorstellungen jungen Obstbauern, die ihr ganzes Herzblut ihren Betrieben und Familien verschrieben haben, niedergeschrieben haben. Die derzeitige prekäre Situation im Obstbau verdeutlicht sich am besten dadurch, dass die einzige spezielle Fachschule für Obstbau nur 6 Schüler der Abschlussklasse vorweist.

## Martin Pfeifer neuer UBV-Landeskammerrat für die Süd-Oststeiermark

Bei der Vollversammlung der LK Steiermark am 15. Dezember 2023 wurde Martin Pfeifer als Nachfolger des im Oktober verstorbenen Hans Herbst angelobt. Mit Martin Pfeifer folgt ein junger, dynamischer Obstbauer seinem Vorbild Hans Herbst nach, der seinerzeit Martin für den UBV gewinnen konnte.

Hans Herbst sah in Martin immer seinen geplanten Nachfolger aus der Region, leider passiert dies nun unter tragischen Umständen. Der 34 jährige Martin Pfeifer stammt aus Sinabelkirchen bewirtschaftet seit 2026 den Obstbaubetrieb seines Großvaters bzw. seiner Eltern. Der Schwerpunkt liegt bei Äpfeln sowie etwas an Marillen. Der begeisterte Obstbauer, der auch unter seinen Berufskollegen einen guten Ruf als Fachmann hat, vertrat den UBV bisher bereits in als Bezirkskammerrat in der BK Südoststeiermark bzw. in der BK Weiz.

Nach Volks- und Hauptschule absolvierte er die weithin bekannte Obstbaufachschule in Wetzawinkl (Schwerpunkt Obstbau und EDV). Nach dem Bundesheer Volleinstieg in den Betrieb. Martin bewirtschaftet mit seinen Eltern heute rund 25 Hektar, der vielseitige Bauer macht auch gerne Sport und ist auch regional in Vereinen tätig. Wir freuen uns, dass er den Stab von Hans Herbst übernommen hat und im Sinne von diesem die Überlegungen des UBV für eine bessere Bauernzukunft mit antreibt.

BU: UBV Landeskammerräte von rechts:

Martin Pfeifer, Johann Ilsinger – UBV Steiermark Obmann, Barbara Kapaun-Lerchbaum und Mag. Gerhard Mariacher



UBV Steiermark: LKR Johann Ilsinger, UBV-Obmann Steiermark, Tel.: +43 664 1065 065